

Moritz Boschung-Vonlanthen / Markus Bapst / Bruno Boschung / Ueli Johnner-Etter / Martin Tschopp / Bernadette Hänni / Bruno Fasel / Christa Mutter / Christian Marbach / René Fürst / Emanuel Waeber, Grossräte		MA4002.07
Zusammenschluss der Tarifverbünde frimobil (Freiburg) und libero (Bern)		VWD
		Mitunterzeichner: 8
Eingang SGR: 11.05.07	Weitergeleitet SK:18.05.07*	Erscheint TGR: Mai 2007

Begehren und Begründung

Täglich pendeln Tausende Personen aus dem Kanton Freiburg aus verschiedensten Gründen mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die Grossräume Bern bzw Lausanne. Die Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel sind dabei auf möglichst einfache und gute Verbindungen angewiesen.

Bekanntlich sind die Frequenzen aus dem Raum Grossfreiburg, Sense- und Seebezirk in Richtung Bern besonders gross. Sowohl frimobil wie libero versprechen ein noch einfacheres und komfortableres Reisen mit Zug und Bus als bisher. Doch solange die beiden Tarifverbünde von Freiburg und Bern nicht verbunden sind, trifft diese Devise nur bedingt zu. Ein Verbund der beiden Tarifverbünde entspricht nicht nur einem echten Bedürfnis, sondern drängt sich geradezu auf. Die unterzeichnenden Grossätinnen und Grossräte fordern deshalb den Staatsrat auf, prioritär den Verbund zwischen frimobil und libero zu realisieren, aber auch die Möglichkeiten der Verbindungen zum Tarifverbund mobilis Lausanne weiter zu verfolgen. Damit sollen der öffentliche Verkehr gefördert und das bestehende Angebot optimiert werden.

Wir erwarten, dass der Verbund frimobil - libero innerhalb eines Jahres realisiert wird, nachdem bereits am 14. Oktober 2004 ein in die gleiche Richtung zielendes Postulat eingereicht, vom Staatsrat genehmigt und am 12. Mai 2005 auch vom Grossen Rat erheblich erklärt wurde. Damals wurde der Staatsrat gemäss Grossratsprotokoll eingeladen, dem Grossen Rat innerhalb eines Jahres einen Bericht zum Gegenstand des Postulats zu unterbreiten. Inzwischen wurde zwar frimobil realisiert, doch zum übrigen Anliegen der Postulanten, dem Verbund mit libero, fehlt der in Aussicht gestellte Bericht bis heute.

* * *

* Beginn der Frist für die Antwort des Staatsrats (5 Monate).